

Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung



An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und
Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung

Kassel

Geschäftsstelle:
Büro der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Auskunft erteilt: Frau Turski
Tel. 05 61/7 87.12 26
Fax 05 61/7 87.21 82
E-Mail: andrea.turski@stadt-kassel.de

Kassel, 11. Juli 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **14.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
lade ich ein für

**Donnerstag, 18. Juli 2013, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.667 -
- 2. Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.996 -
- 3. Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.1005 -
- 4. Prüfung Regress und Schadensersatzforderungen**
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.1006 -
- 5. Einnahmen und Kosten durch rechtswidrige Buß- und Verwarnungsgeldbescheide**
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
- 101.17.1007 -

**6. Gespräche mit der Polizei vor Einführung der stationären
Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Anfrage der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

- 101.17.1008 -

7. Entschuldigungsbrief des Magistrats

Antrag der CDU-Fraktion

Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

- 101.17.1009 -

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Kassel, 24. Juli 2013

Niederschrift
über die **14. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 18. Juli 2013, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Birgit Trinczek, Mitglied, CDU
Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke
Donald Strube, Mitglied, parteilos
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

(Vertretung für Frank Oberbrunner)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Luigi Zisa, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Christof Nolda, Stadtrat, B90/Grüne

Schriftführung

Andrea Turski, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. Manuel Eichler, 2. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Ferdinand Peter, Rechtsamt
Lothar Pflüger, Ordnungsamt
Kathy Käferstein, Ordnungsamt
Wolfgang Schwerdtfeger, Dezernat III
Bernd W. Häfner

Tagesordnung:

- | | | |
|----|--|-------------|
| 1. | Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.667 |
| 2. | Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt | 101.17.996 |
| 3. | Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.1005 |
| 4. | Prüfung Regress und Schadensersatzforderungen | 101.17.1006 |
| 5. | Einnahmen und Kosten durch rechtswidrige Buß- und Verwarnungsgeldbescheide | 101.17.1007 |

- | | | |
|----|--|-------------|
| 6. | Gespräche mit der Polizei vor Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen | 101.17.1008 |
| 7. | Entschuldigungsbrief des Magistrats | 101.17.1009 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Einladung vom 11. Juli 2013 ordnungsgemäß einberufene außerplanmäßige 14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gemäß § 53 Absatz 1 Hessische Gemeindeordnung nicht gegeben ist, da nur 7 der 15 Mitglieder anwesend sind. Die Beratungen und Entscheidungen über die Angelegenheiten der Tagesordnung sind daher nicht möglich. Vorsitzender Kortmann schließt die Sitzung.

- 1. Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.667 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 2. Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.996 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 3. Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen Geschwindigkeitsmessenanlagen**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1005 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 4. Prüfung Regress und Schadensersatzforderungen**
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1006 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

- 5. Einnahmen und Kosten durch rechtswidrige Buß- und Verwarngeldbescheide**
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.1007 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

6. Gespräche mit der Polizei vor Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen

Anfrage der CDU-Fraktion

- 101.17.1008 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

7. Entschuldigungsbrief des Magistrats

Antrag der CDU-Fraktion

- 101.17.1009 -

Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

Ende der Sitzung: 17:14 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.17.667

**Nachträgliche Aufhebung von Bußgeldbescheiden wegen unzulässiger
Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den Fall, dass auch der beauftragte Gutachter feststellt, dass die im Stadtgebiet aufgestellten Verkehrsüberwachungsanlagen für einen stationären Einsatz nicht zugelassen sind, sämtliche ergangenen Bescheide nachträglich aufzuheben und alle gezahlten Geldbeträge aus Gründen des Rechtsfriedens zurückzuerstatten.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.996

Entziehung Zuständigkeit Ordnungsamt

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit Entrüstung und Bestürzung über die katastrophalen Zustände im Ordnungsamt der Stadt Kassel nimmt die Stadtverordnetenversammlung das Urteil des Amtsgerichts Kassel vom 28.06.2013 zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung rügt die gerichtlich festgestellten Organisationsmängel und Personaldefizite im Dezernatsbereich von Bürgermeister Kaiser.

Oberbürgermeister und Magistrat werden aufgefordert, sämtliche Vorkommnisse und Punkte rückhaltlos aufzuklären und der Stadtverordnetenversammlung einen detaillierten Bericht zu erstatten.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Bürgermeister Jürgen Kaiser im Wege der Dezernatsverteilung wegen Überforderung und Pflichtverletzung die Zuständigkeit für das Ordnungsamt zu entziehen.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1005

**Regressforderungen im Zusammenhang mit den unzulässigen
Geschwindigkeitsmessenanlagen**

Anfrage

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Mit welchen Regress- bzw. sonstigen Forderungen des Landes Hessen rechnet der Magistrat im Zusammenhang mit den rechtswidrig eingesetzten Geschwindigkeitsmessenanlagen?
2. Mit welchen Forderungen des privaten Dienstleisters rechnet der Magistrat?
3. Welche Forderungen macht der Magistrat gegen den betroffenen Dienstleister geltend?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1006

Prüfung Regress und Schadensersatzforderungen

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, welche der im Zusammenhang mit den Geschwindigkeitsmessen handelnden Personen sich gegebenenfalls gegenüber dem Dienstherrn schadensersatzpflichtig gemacht haben. Diese Prüfung umfasst auch die Tätigkeit des beauftragten Dienstleisters.

Begründung:

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1007

Einnahmen und Kosten durch rechtswidrige Buß- und Verwarngeldbescheide

Anfrage

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Einnahmen bei Stadt und Land wurden bisher durch die rechtswidrigen Buß- und Verwarngeldbescheide der Geschwindigkeitsmessenanlagen erzielt?
2. Welche Kosten in welcher Höhe sind bisher dabei entstanden?
3. Mit welchen weiteren Kosten rechnet der Magistrat noch?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1008

Gespräche mit der Polizei vor Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen

Anfrage

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wurden vor der Entscheidung zur Einführung der stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen Beratungsgespräche mit der Hessischen Polizei geführt?
2. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3. Wenn nein, warum unterblieben diese?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1009

Entschuldigungsbrief des Magistrats

Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur Wiedergewinnung von Vertrauen in die ordnungsgemäße Arbeit der Stadtverwaltung sich in einem Brief gegenüber allen betroffenen Bürgern, die – wie inzwischen gerichtlich festgestellt – rechtswidrig mit einem Buß- bzw. Verwarngeldbescheid überzogen wurden, zu entschuldigen. In diesem Brief ist auf die aktuelle Rechtslage hinzuweisen und mitzuteilen, gegen welche Personen ggfs. zivilrechtliche Schadensersatzansprüche zu richten sind.

Begründung:

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender